

Martin Bäumer

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion für Umwelt und Petitionen, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Ausgabe
Oktober 2019

Bäumer: Klimaschutzgesetz leistet wirksamen Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage – CDU setzt auf breite Akzeptanz der Bevölkerung

Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 Prozent bis 2050, Umstellung des ÖPNV auf klimaschonende Fahrzeuge bis 2035 und eine Landesverwaltung auf Basis erneuerbarer Energien ebenfalls bis zum Jahr 2050: Die Regierungskoalitionen von CDU und SPD haben dem Landtag ihren Entwurf eines nachhaltigen und auf eine breite Akzeptanz abzielenden Klimaschutzgesetzes für Niedersachsen vorgelegt.



Liebe Leserinnen und Leser,

die Oktober-Plenarwoche liegt hinter uns. In der heutigen Ausgabe der Landtagspost finden Sie Informationen zu den Themen:

- Bäumer: Klimaschutzgesetz leistet wirksamen Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage
- 3 Redebeiträge im Oktober-Plenum
- Dammann-Tamke: Politik, nicht Landwirtschaft trägt Verantwortung für fehlende Veränderungsprozesse
- Westmann: Nationale Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft
- Althusmann: Wir nehmen Sorgen der Landwirte ernst
- Miesner: Niedersachsen für Reiturlauber noch interessanter machen
- Dorendorf: Schutz der Wildbienen verstärken
- Schünemann zur aktuellen Stunde „Rechtsstaat verteidigen, Demokraten unterstützen, Rechtsextreme entwarnen“

Ihr Martin Bäumer



Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer sagte zur Einbringung am Dienstag, den 22. Oktober 2019, die Koalition leiste mit den enthaltenen Maßnahmen einen „angemessenen und wirksamen Beitrag für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir sorgen zudem dafür, dass wir auf die Folgen des Klimawandels wie den Anstieg der Meeresspiegel und die Verschiebung der Klima- und Niederschlagszonen besser vorbereitet sind. Wir sagen sehr klar, wie und bis wann wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, aber tun dies mit Augenmaß, indem wir die technologischen und wirtschaftlichen Chancen zum Wohle aller Menschen in unserem Bundesland nachhaltig nutzen.“

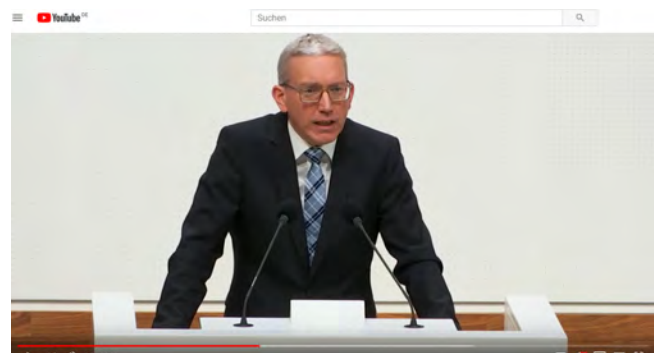
Für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien und neue Antriebsformen sei es erforderlich, eine breite Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Als Beispiele nannte Bäumer die Mobilität und den Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum. „Ohne Auto geht es in der Fläche nicht, das ist die Realität in Niedersachsen. Wir wollen das Auto nicht per se verteufeln, sondern weiterentwickeln. Mit Elektroautos, mit Wasserstoff oder mit synthetischen Kraftstoffen. Technologieoffen und frei von Ideologie.“ Ähnlich, so Bäumer, verhalte es sich bei der notwendigen Ausweisung neuer Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien. „Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Regelungen für den Abstand einer Windkraftanlage zu einem Vogelneest klarer gefasst sind als der Abstand zur Wohnbebauung. Auch hier kann Akzeptanz nur erzeugt werden, wenn die Menschen mitgenommen werden.“

3 Redebeiträge im Oktober-Plenum (Klima, Wärme und Wohnen)

Im Oktober-Plenum durfte ich gleich dreimal ans Rednerpult gehen. Los ging es am Dienstag, den 22. Oktober mit meiner Rede zum **Niedersächsischen Klimagesetz** (Infos siehe oben) und zum **Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Niedersachsen**. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis zum Solarzwang, dem Autobahnstopp, dem Ölheizungsverbot auch der Zwang zum Verzehr von Bio-Lebensmitteln komme. Daher freue ich mich auf das Klimagesetz unserer Koalition. Wir haben einen klaren und verbindlichen Plan, der Menschen und Unternehmen mitnimmt und nicht überfordert.

Weiter ging es am Mittwoch mit der Rede zur **Niedersächsischen Offensive für bezahlbares Wohnen**. Die in Teilen von Niedersachsen vorhandene Wohnungsnot hat vielfältige Ursachen. Wer wie die AfD die Zuwanderung nach Deutschland dafür verantwortlich macht, muss sich nicht wundern, wenn solche Anträge von einer breiten Landtagsmehrheit abgelehnt werden.

Meine Redebeiträge finden Sie auf YouTube:
www.youtube.com/MartinBaeumerMdl
oder auf meiner Facebook-Seite:
[MartinBaeumerMdl](https://www.facebook.com/MartinBaeumerMdl)



Dammann-Tamke: Politik, nicht Landwirtschaft trägt Verantwortung für fehlende Veränderungsprozesse – Kanzleramt muss übernehmen

Vor dem Hintergrund der friedlichen und konstruktiven Protestaktion vor allem junger Landwirte aus ganz Deutschland mahnt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke einen fairen und selbstkritischen Umgang mit den in der Landwirtschaft tätigen Menschen an. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde sagte Dammann-Tamke, Politik – und nicht die Bauern – trügen die Verantwortung für die fehlenden, aber notwendigen Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft. „Gerade die jungen Landwirte wollen Veränderung, und sie wissen als hochqualifizierte Agrarier am besten, wie sie Tiere, Böden und Klima effektiv schützen können. Diese junge Generation zukünftiger Landwirte verdient unseren Respekt. Und sie verdient Anerkennung dafür, dass sie sich offen und unvoreingenommen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlichen Wünschen mit der Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch setzen will. Die CDU wird sie dabei tatkräftig unterstützen“, so der CDU-Agrarexperte.



Mit Blick auf die zahlreichen gesellschaftlich gewünschten Veränderungen bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln, Tierwohl sowie Insekten-, Arten- und Klimaschutz warnt Dammann-Tamke vor der Überforderung eines ganzen Berufsstandes, die an die Existenz gehe. Als Beispiel nannte der CDU-Abgeordnete die nicht nachvollziehbaren und intransparenten Kriterien zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. „Ich bin Umweltminister Olaf Lies dankbar, dass sein Haus nun nacharbeiten wird. Unsere Landwirte halten sich an Recht und Gesetz, wollen aber fair behandelt werden. Wer Bauern-Bashing betreibt, macht es sich nicht nur zu einfach, sondern treibt einen Spaltpilz in unsere Gesellschaft.“

In Richtung der Bundesregierung sagte Dammann-Tamke abschließend: „Wir sollten Berlin davon überzeugen, dass bei allen diesen Themen die Landwirtschaft nicht das Problem, sondern ein unverzichtbarer Teil der Lösung ist, und wir sollten auf Anreizsysteme setzen und nicht wie die Bundesministerinnen Klöckner und Schulz auf Ordnungsrecht.“

Unsere Ministerin Barbara Otte-Kinast hat recht: Die Bundeskanzlerin muss diese Themen über das Kanzleramt zur Chefsache machen.“

Westmann: Nationale Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft – CDU fordert EU-Minderheitenschutz auf Kommissionsebene



Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und SPD hat der Niedersächsische Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene und gegenüber der EU dafür einzusetzen, verbindliche Verantwortlichkeiten auf Kommissionsebene für Angelegenheiten der mehr als 400 autochthonen Minderheiten in Europa zu schaffen. CDU und SPD schließen sich damit einer Forderung der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ an, der es gelungen ist, über eine Million Unterstützer für ihr Anliegen zu finden.

„Die über 400 autochthonen Minderheiten verstehen sich als Europäer und bereichern unsere Gesellschaft durch eine eigene Sprache, Kultur und Geschichte“, sagte die CDU-Landtagsabgeordnete Editha Westmann am Donnerstag zur Begründung des Entschließungsantrages. Es gelte, die Identität der Minderheiten zu bewahren, sie vor Diskriminierung zu schützen und ihnen Freiheit und Gleichbehandlung zu garantieren. „Wir müssen allerdings feststellen, dass nicht jeder Staat in der EU die Existenz seiner Minderheiten anerkennt, und nicht überall ist ihr Schutz in der gebotenen Sorgfalt zu erkennen“, so Westmann.

Angesichts der Tatsache, dass jeder siebte EU-Bürger einer Minderheit angehört, werde deutlich, dass die Forderung nach einer größeren Beachtung dringend geboten sei. „Die Einhaltung des Minderheitenschutzes muss auf höchster europäischer Ebene sichergestellt werden und für alle Mitgliedsstaaten bindend sein. Um diese Forderung durchsetzen zu können, muss die Zuständigkeit für den Minderheitenschutz auf eine Kommissarin oder einen Kommissar übertragen werden“, so Westmann abschließend.

Althusmann: Wir nehmen Sorgen der Landwirte ernst – Niedersachsen CDU fordert Gesellschaftsvertrag 2050 mit unseren Landwirten

„Die Lage bei unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben ist in weiten Teilen dramatisch und führt zu immer mehr Betriebsaufgaben. Die grünen Kreuze auf den Feldern und die angekündigten Demonstrationen müssen uns in der Politik, aber vor allem auch in der Gesellschaft, eine Mahnung sein“, so der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann. Gerade die bäuerliche Landwirtschaft und die gesamte Ernährungswirtschaft geraten durch immer strengere Auflagen beim Umweltschutz, beim Tierschutz und der Forderung nach mehr Nachhaltigkeit stark unter Druck. Dazu kämen Dokumentationspflichten und offene Weltmärkte, welche den Preisdruck zusätzlich erhöhen würden.



„Wir alle wollen eine Landwirtschaft, die sich im Wesentlichen durch familiengeführte Betriebe, mit Verantwortung für den ländlichen Raum, mit Verankerung in den Dörfern, mehr Umweltschutz, mehr und besseres Tierwohl, sowie durch regionale Produkte auf der Basis von Nachhaltigkeit auszeichnet. Dieses gesellschaftliche Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir zu einer fairen Entlohnung – „Fair Trade für die heimische Landwirtschaft“ kommen. Daher fordert die CDU in Niedersachsen in einem Antrag für den kommenden Parteitag einen ‚Gesellschaftsvertrag 2050‘ mit unseren Landwirten, den Wirtschaftsbeteiligten – allen voran dem Lebensmitteleinzelhandel – und unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, indem wir einen Plan für eine tragfähige Landwirtschaft der Zukunft festschreiben“, so Althusmann.

Ziel dieses Gesellschaftsvertrages müsse es sein, für die bäuerlichen Familienbetriebe ein gesellschaftspolitisch akzeptiertes Leitbild zu erarbeiten, dass dann ein verlässliches und tragfähiges Fundament für deren Arbeit darstellt. Im Kern ginge es darum, über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Gemeinwohlleistungen – unter Würdigung der internationalen Wettbewerbsbedingungen – zu identifizieren und Indikatoren zu bestimmen, an denen man die Erbringung dieser Gemeinwohlleistungen objektiv festmachen kann. Ähnlich wie bei Honorierung durch die ITW (Initiative Tierwohl) könne dann der Verbraucher durch eine bewusste Kaufentscheidung von heimischen Produkten die bäuerliche Landwirtschaft unterstützen.

„Ein solches System hätte eine unmittelbar steuernde Funktion, sowohl für den Produzenten als auch für den Verbraucher und wäre der Beginn des Ausstiegs aus einer staatlichen Alimentierung unserer Landwirtschaft. Voraussetzung ist ein belastbarer Gesellschaftsvertrag, auf dessen Basis gerade zukünftige und junge Landwirte eine unternehmerische Entscheidung für diesen wunderbaren und wichtigen Beruf ergreifen können“, so der Landesvorsitzende.

In einem weiteren Antrag an den 32. Parteitag der CDU Deutschlands wird die Bundesregierung aufgefordert, ein einheitliches Messstellennetzsystem zur Feststellung des Nitrat-Gehaltes des Grundwassers einzusetzen, welches auch äußere Bedingungen wie die Art des Bodenreliefs oder die Art der Nutzung berücksichtigt. Nur so könne Akzeptanz für einen tragfähigen Grundwasserschutz erreicht werden. „Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Ein wirksamer Grundwasserschutz ist ein besonderes und gemeinsames Anliegen von Politik, Landwirtschaft, Wasserverbänden und Verbrauchern. Einseitige Schuldzuweisungen und Ursachenzuschreibungen lehnen wir ab“, so Althusmann zu diesem Antrag.

Mit Blick auf das Aktionsprogramm Insektenschutz fordert die niedersächsische CDU in einem weiteren Antrag eine differenzierte Betrachtung und die Bedürfnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft auch in FHH-Gebieten zu berücksichtigen, sowie das Ziel des Insektenschutzes über Anreizsysteme statt über Ordnungsrecht zu verfolgen.

„Diese drei Anträge machen deutlich, dass uns als Christdemokraten Nachhaltigkeit, Umwelt- und Tierschutz und unsere bäuerliche Landwirtschaft wichtig sind. Wir wollen eine gesunde Zukunft mit Schutz für unsere Umwelt und gleichzeitig eine lebensfähige bäuerliche Landwirtschaft, mit der die Familienbetriebe ein ordentliches Auskommen haben und unsere Gesellschaft ernähren können. Wir sind davon überzeugt, dieses Ziel erreichen zu können“, so Althusmann.

Die drei Anträge finden Sie unter folgendem Link:

<https://cdu-niedersachsen.de/medien/landwirtschaftsantraege-an-den-32-parteitag-der-cdu-deutschlands/>

Miesner: Niedersachsen für Reiturlauber noch interessanter machen – Stärken weiter ausbauen



Niedersachsen ist das führende Bundesland auf dem Gebiet der Pferdezucht und des Reittourismus. Knapp 200.000 Pferde, 450.000 Reiterinnen und Reiter und 20.000 Züchterinnen und Züchter sind hier ansässig.

„In Deutschland wird die Wirtschaftskraft des Reitsports mit ca. sechs Millionen Euro beziffert. In Niedersachsen davon deutlich mehr als eine Millionen Euro. Allein die reittouristischen Übernachtungen bringen einen Umsatz in Höhe von 225 Millionen Euro. Das alles schafft laut IHK ca. 70.000 Arbeitsplätze“, so der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Axel Miesner.

„Das alles zeigt, dass unser Niedersachsen das Land für den Reiturlaub ist. Nutzen wir diese Potentiale und unsere Chancen. Unsere Reiterregionen sind bestens aufgestellt. Wir müssen überlegen, inwieweit wir unser Niedersachsen für Reiturlauber und deren Angehörige, deren Familien und Freunde noch interessanter machen können“, so Miesner weiter.

Niedersachsen steht für viele erfolgreiche und schöne Reitturniere im Lande. „Und diese Stärken wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen die reittouristischen Infrastrukturen ausbauen. Wir wollen Reiterhöfe und Reithotels bei Investitionen unterstützen, die Werbeaktivitäten bündeln und damit verstärken. Der klassische Reiturlaub soll mit anderen Urlaubsangeboten verknüpft werden“, erklärt Miesner.

Dorendorf: Schutz der Wildbienen verstärken

„Alle Insekten, insbesondere die Bienen, müssen geschützt werden. In Deutschland gibt es 560 Wildbienenarten, davon sind 197 Wildbienenarten gefährdet und 31 Arten vom Aussterben bedroht. Das sind Zahlen, die sind bedrohlich. Es müssen geeignete Maßnahmen umgesetzt werden, die die Gefahr eines Bienensterbens bekämpfen. In privaten Gärten werden reichlich chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel eingesetzt – zum Leidwesen der Wildbienen. Auch Schottergärten sind ein riesiges Problem. 15 Prozent der deutschen Gartenflächen sind versiegelt. Wir müssen aber auch gegenüber Gartenbesitzern Aufklärungsarbeit leisten. Einen klaren Fokus sollten wir natürlich auch auf Neubaugebiete richten. Die vorhandenen Vorschriften müssen eingehalten werden, damit Schottergärten gar nicht erst entstehen.“



Schünemann zur Aktuellen Stunde „Rechtsstaat verteidigen, Demokraten unterstützen, Rechtsextreme entwaffnen“:



„Waffen gehören nicht in Extremistenhände. Daher müssen die Waffenbehörden alle rechtlichen Möglichkeiten konsequent ausschöpfen, damit die Feinde unseres demokratischen Rechtsstaates keine Waffen erhalten oder ihnen die Erlaubnis, eine Waffe besitzen zu dürfen, entzogen wird. Der Innenminister muss die Waffenbehörden bei ihrer Arbeit an dieser Stelle mit allen Mitteln unterstützen. Darüber hinaus müssen Rechtslücken bei der Überprüfung der Person, die eine Erlaubnis beantragt, endlich geschlossen werden. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der rechtsextremistischen Terrorvereinigung NSU im Jahr 2012 hatte die damalige Landesregierung in einer Bundesratsinitiative gefordert, vor Erteilung einer solchen Erlaubnis eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz gesetzlich vorzuschreiben. Es ist richtig, dass der Bundestag auf Vorschlag des Bundesinnenministers diesen über sieben Jahre alten Vorschlag endlich in die aktuelle Novellierung des Waffenrechts aufnehmen will.“


Kontakt


Wahlkreisbüro Martin Bäumer, MdL
Auf der Urlage 1, 49219 Glandorf-Westendorf


Tel.: 0 54 26 / 93 31 65
info@martinbaeumer.de
www.martinbaeumer.de

Bürozeiten: Mo-Fr. 8:30 - 12:00 Uhr
Mitarbeiter: Dr. Annegret Burchardt & Anja Hotfilter

Social-Media-Aktivitäten

 MartinBaeumerMdL

 martin_baeumer_mdL

 MartinBaeumerMdL

Möchten Sie die Landtagspost nicht mehr erhalten oder sie weiterempfehlen? Kontaktieren Sie uns gerne!

Quelle: www.cdu-fraktion-niedersachsen.de, www.cdu-niedersachsen.de